

Neue Zuversicht mit neuer Doppelspitze

Dennis Neumann und Anna Hofmann stehen dem Kreisverband Marburg-Biedenkopf der Partei Die Linke vor

VON GÖTZ SCHAUB

MARBURG-BIEDENKOPF. In Zeiten knapper Kassen in Berlin, eines defizitären Haushalts 2024 auf Kreisebene und einer sich ändernden Migrations- und Integrationspolitik in Hessen sehen die Mitglieder der Partei Die Linke in Marburg-Biedenkopf viel Arbeit auf sich zukommen.

„Es geht darum, Verlässlichkeit zu bieten und den sozial Benachteiligten eine politische Stimme zu geben“, sagt Dennis Neumann, neuer Vorsitzender des Kreisverbandes. Er löste Maximilian Peter ab.

Den Posten teilt er sich wie vorgesehen mit einer weiblichen Person. Dies ist Anna Hofmann, die zugleich Fraktionsvorsitzende der Kreisfraktion der Partei Die Linke ist.

Mit dieser vor wenigen Tagen gewählten Doppelspitze wollen sich die Linken im Landkreis neu sortieren und dazu beitragen, dass bei der nächsten Wahl in Hessen Die Linke wieder in den Landtag einzieht.

Das werde eine schwierige Aufgabe, weil letztendlich alles auf ehrenamtlicher Basis geschafft werden muss, meint Hofmann.

Neumann und Hofmann wännen ihre Partei so ziemlich alleine im Kampf um soziale Gerechtigkeit, weil sich ihrer Meinung nach die übrigen Parteien der bürgerlichen Mitte, ja selbst die Grünen und die SPD zu einem Rechtsruck



Der neue Kreisvorstand der Partei Die Linke: Andrea Sollwedel (von links), Renate Bastian, Dennis Neumann, Anna Hofmann, Ayla Arthur, Urs Köllhofer und Miriam Stoll. Es fehlt Peter Lob. PRIVATFOTO

haben hinreißen lassen, in der Hoffnung, Wählerinnen und Wähler zu halten.

Einzigste Partei, die keine Waffen liefern will

Die Linke sei die einzige Partei, die entschlossen für Frieden eintrete und Waffenlieferungen stoppen möchte. Die geplante Aufrüstung verändere die gesamte Gesellschaft, das Geld fehle dann da,

wo es eigentlich mehr denn je gebraucht werde, so auch bei sozialen Einrichtungen, die Menschen helfen wollen, befürchtet Hofmann.

Und Menschen, denen wenig Geld zum Leben bleibe, fühlen sich immer mehr isoliert, sagt Neumann. „Da müssen wir ansetzen und zeigen, dass wir für sie da sind. Im Häuserwahlkampf habe er von solchen Leuten sehr oft gehört, dass sie keine Hoff-

nung mehr hätten. „Deshalb entschieden sich viele bei der Wahl, AfD zu wählen, weil sie glauben, dass die wenigstens etwas gegen die da oben unternimmt“, für Neumann aus. Und ein Stück weit könne er es verstehen, wenn man sehe, dass gar Stadtteile wie der Richtsberg über keine richtige gute ÖPNV-Anbindung bis in die späten Nachtstunden verfügt, und die generellen Existenzängste nur Nahrung be-

kommen statt genommen zu werden. Um beim Beispiel Richtsberg zu bleiben: Gerade da, wo leicht erreichbare Spielplätze benötigt werden, liegen sie viel zu weit auseinander, sagen Hofmann und Neumann.

Und wer glaube, vom Dorf in eine Sozialwohnung in der Stadt ziehen zu können, werde unsanft aus den Träumen geholt. „Das ist eigentlich vollkommen unmöglich“, sagt

Anna Hofmann. Die Wartelisten seien schon sehr lang.

Grundsätzlich werde sich Die Linke auch für gute Arbeitsbedingungen im Universitätsklinikum Gießen-Marburg einsetzen. Aktuell geht es ihr darum, dass die Überlastungsanzeigen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ernst genommen werden und Abhilfe geschaffen wird.

Zehn Neueintritte seit der verlorenen Landtagswahl

Doch es gibt auch Positives zu verzeichnen, so Hofmann. Seit klar ist, dass die Linken nicht mehr im Landtag vertreten sein werden, gab es im Kreis zehn Neueintritte. Das Wählerpotenzial in Marburg sei weiterhin gut gewesen, doch nun müsse man auch mehr tun, die Menschen auf dem Land zu erreichen.

Und: Über die Sozialsprechstunde, die einmal in der Woche im Büro der Partei in der Elisabethstraße in Marburg stattfindet, biete man auch ganz konkrete Hilfe an, etwa beim Ausfüllen von Formularen. Auch Begleitungen zu Ämtern sind möglich. Man kann seine Anliegen auch telefonisch vortragen.

Die beiden Co-Vorsitzenden Dennis Neumann und Anna Hofmann werden im neu gewählten Vorstand unterstützt von Peter Lob, Andrea Sollwedel, Renate Bastian, Ayla Arthur, Urs Köllhofer und Miriam Stoll.

Anzeige

4. Marburger Weihnachtssingen im Georg-Gaßmann-Stadion

Gemeinsam singen wir in stimmungsvoller Atmosphäre Weihnachtslieder. Eine Aktion zugunsten der LöwenMutKids.

Samstag, den 9. Dezember 2023
Einlass: 17.00 Uhr
Beginn: 18.00 Uhr

8,00 € Eintritt
Kinder bis 12 Jahre freier Eintritt
freie Platzwahl



Ticketvorverkauf:



Für Getränke und Speisen ist vor Ort gesorgt.
Es handelt sich um eine Open-Air-Veranstaltung, bitte denken Sie an wetterfeste Kleidung.

Veranstalter:



Partner:



Beifall für CDU und SPD von rechts

AfD weist Kritik an der künftigen Migrationspolitik in Hessen zurück

VON GÖTZ SCHAUB

MARBURG-BIEDENKOPF. 15 Flüchtlingsinitiativen aus dem Landkreis und der Stadt Marburg hatten sich kritisch zur geplanten Migrations- und Integrationspolitik von CDU und SPD auf Hessenebene geäußert (diese Zeitung berichtete).

Nun reagiert der AfD-Kreisverband Marburg-Biedenkopf. Sprecher Julian Schmidt, der auch Mitglied der AfD-Kreisfraktion ist, sagt: „Die Reaktion der Flüchtlingshilfen des Landkreises zeigt deutlich, dass sie noch immer nicht verstanden haben, welche Konsequenzen aus der illegalen Massenmigration der letzten Jahre entstehen. Die ungebremste Migration verursacht nicht nur eine dramatische finanzielle Belastung für unser Sozialsystem und die Steuerzahler in Deutschland, sie gefährdet auch auf verschiedene Weisen massiv den gesellschaftlichen Frieden.“

Wer dies so nicht sehe, dem könne man „im besten Fall eine gefährliche Naivität unterstellen“, fügt er hinzu. Auch die Forderungen der Initiativen nach mehr Personal in Sozialämtern, Ausländerbehörden und Jobcentern weist Schmidt deutlich zurück. Der

Landkreis Marburg Biedenkopf habe schon in den vergangenen Jahren einen Stellenzuwachs von gut 40 Prozent zu verzeichnen gehabt. „Die gestiegenen Personalkosten sowie die Versorgung der Flüchtlinge belasten den Haushalt des Landkreises mit vielen Millionen Euro“, so Schmidt, der darin den Hauptgrund für das für 2024 erwartete Defizit von über 20 Millionen Euro im Kreishaushalt sieht.

Bezahlkarten sind nicht mehr länger nur ein AfD-Traum

„Das Eckpunkte-Papier der potenziellen Regierungskoalition begrüßen wir ausdrücklich. Nachdem CDU und SPD jahrelang die Augen vor den Problemen verschlossen haben, ist dies nun ein erster Schritt in die richtige Richtung“, so Schmidt. In der jüngsten Kreistagssitzung wollte die AfD per Antrag

unter anderem vorschlagen, dass der Landkreis die Leistungen an Flüchtlinge über Bezahlkarten abwickelt, sobald die Landesregierung diesbezüglich eine einheitliche Lösung anbietet.

SPD und CDU haben sich im Eckpunkte-Papier darauf geeinigt, dass Geflüchtete keine monetären Auszahlungen mehr erhalten sollen, sondern „konsequent auf Bezahlkarten und Sachleistungen“ umgestellt werden soll.

Der AfD-Antrag unter dem Titel „Asylbewerber in die gemeinnützige Arbeit im Landkreis integrieren“ wurde gegen den Willen der AfD zurück in den Ausschuss für Arbeit, Integration und Gesellschaftlicher Zusammenhalt verwiesen, sodass darüber während der jüngsten Kreistagssitzung keine Debatte beziehungsweise finale Abstimmung stattfand. Er soll im nächsten Jahr wieder auf die Tagesordnung kommen.

Die AfD-Fraktion (vorne rechts) hatte zur jüngsten Sitzung im Kreistag einen Antrag zum Umgang mit Flüchtlingen eingebracht, der aber nicht debattiert wurde. Darin finden sich auch Forderungen, die SPD und CDU offensichtlich nun für ganz Hessen umsetzen wollen.



FOTO: GÖTZ SCHAUB